

Verteiler:

- Delegierte
- Landesvertretungen
- Presse

Berlin, den 17.07.2026

Pressemitteilung

Kinder dürfen nicht die Lücke im Bundeshaushalt schließen

Bundeselternrat kritisiert geplante Kürzung des Unterhaltsvorschusses und fordert eine Politik mit Blick für die Lebensrealität von Familien

Berlin, 17.07.2026

Während Schulen bundesweit mit Personalmangel kämpfen, Unterricht ausfällt, Kinder und Jugendliche monatelang auf psychologische Unterstützung warten und Familien tagtäglich versuchen, die Folgen fehlender Strukturen aufzufangen, setzt die Bundesregierung eine Debatte über Einsparungen bei einer Leistung fort, die für viele Kinder und Jugendliche existenziell ist: den Unterhaltsvorschuss.

Der Bundeselternrat kritisiert die geplante Begrenzung des Unterhaltsvorschusses bis zum 16. Lebensjahr entschieden. Nach den derzeit bekannten Plänen soll die Leistung künftig nicht mehr bis zur Volljährigkeit gezahlt werden. Im Jahr 2025 erhielten rund 855.000 Kinder und Jugendliche Unterstützung durch den Unterhaltsvorschuss.

„Wir sprechen hier nicht über eine abstrakte Haushaltsposition. Wir sprechen über Kinder und Jugendliche, deren Alltag sich dadurch unmittelbar verändert“, sagt Aline Sommer-Noack, Vorstandsmitglied und alleinerziehende Mutter von 3 Kindern.

Ein Beispiel aus der Lebensrealität vieler Familien:

Ein alleinerziehendes Elternteil arbeitet, organisiert Haushalt, Schule und Betreuung allein. Das Einkommen des Alleinerziehenden liegt vielleicht wenige Euro über der Grenze, um Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu erhalten. Eine Unterstützung für Klassenfahrten gibt es nicht. Schulmaterialien müssen trotzdem gekauft werden. Das neue Paar Sportschuhe, weil die Alten nach



Geschäftsstelle
Bundeselternrat
c/o Stiftung Bildung
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin

Kontakt
Tel: +49 30 - 577 010 779
info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE07160500003754001212
BIC: WELADED1PMB

Der Vorstand wird vertreten durch:

Norman Heise (Vorsitzender)
Annett Hertel (stellv. Vorsitzende), Aline Sommer-Noack (stellv. Vorsitzende), Eileen Schulz (stellv. Vorsitzende)

Der Bundeselternrat wird gemäß §6 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung von zwei Vorstandsmitgliedern nach Außen vertreten.

einem Wachstumsschub nicht mehr passen, muss trotzdem bezahlt werden. Die Rechnung für den Vereinsbeitrag, das Schulprojekt oder den Ausflug kommt trotzdem.

Und dann fällt mit dem 16. Geburtstag des Kindes möglicherweise diese einspringende Leistung weg, weil der Staat sparen muss.

„Wir fragen uns: Wo genau soll diese Familie noch sparen? Beim Schulranzen? Bei der Klassenfahrt? Beim Mittagessen? Bei der Teilhabe am sozialen Leben? Kinder wachsen nicht aus ihren Bedürfnissen heraus, nur weil sie 16 Jahre alt werden“, so der Aline Sommer-Noack.

Gerade die Jahre zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr sind entscheidend: Jugendliche befinden sich häufig noch mitten in der schulischen Ausbildung, bereiten ihren Abschluss vor oder stehen am Übergang in Ausbildung und Beruf. In dieser Phase brauchen Familien Verlässlichkeit – keine zusätzlichen finanziellen Unsicherheiten.

Besonders kritisch ist: Die Diskussion erweckt den Eindruck, als seien ältere Kinder weniger unterstützungsbedürftig. Das Gegenteil ist der Fall. Jugendliche haben weiterhin Kosten, weiterhin Bildungswege und weiterhin Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe.

Besonders prekär, der Unterhaltsvorschuss gleicht nicht ein „Komfortproblem“ aus. Er federt eine Situation ab, in der ein Elternteil seiner finanziellen Verantwortung nicht oder nicht ausreichend nachkommt. Die Verantwortung für diese Situation darf nicht auf die Kinder übertragen werden.

Die Zahlen zeigen, dass Alleinerziehende ohnehin besonders unter finanziellen Belastungen stehen: Rund 28,9 Prozent der Menschen in Alleinerziehenden-Haushalten gelten als armutsgefährdet.

Gleichzeitig diskutiert die Politik über Symbolthemen wie die Bundesjugendspiele, während zentrale Herausforderungen im Bildungssystem ungelöst bleiben.

Dabei geht es dem Bundeselternrat ausdrücklich nicht darum, Sport oder Bewegung geringzuschätzen. Kinder brauchen Bewegung. Sie brauchen Gemeinschaft. Sie brauchen Förderung.

Aber sie brauchen vor allem eine Politik, die ihre tatsächliche Lebensrealität kennt.

Kinder brauchen:

- funktionierende Schulen,
- ausreichend Lehrkräfte,
- verlässliche psychologische Versorgung,
- Unterstützung für Familien,
- echte Chancengerechtigkeit.

„Kinder haben keine Lobby mit Millionenbudgets. Sie sitzen nicht an Verhandlungstischen und schreiben keine Positionspapiere. Deshalb braucht es eine Politik, die ihre Interessen aktiv schützt“, erklärt der Bundeselternrat.

Jeder Euro, der heute in Kinder und Jugendliche investiert wird, stärkt die Gesellschaft von morgen. Jeder Euro, der bei Bildung, Unterstützung und Teilhabe fehlt, verursacht später höhere Kosten – sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch.

Der Bundeselternrat fordert die Bundesregierung auf, die Prioritäten neu zu setzen: Nicht bei Kindern und Familien darf gespart werden. Wer die Zukunft dieses Landes sichern will, muss heute in Kinder investieren.

Kinder sind keine Sparmaßnahme. Familien sind kein Nebenschauplatz. Es ist Zeit, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Der Bundeselternrat vertritt die Interessen von Eltern und Familien im deutschen Bildungssystem und setzt sich für gute Bildung, Chancengerechtigkeit und die Beteiligung von Eltern an bildungspolitischen Entscheidungen ein.

Aline Sommer-Noack

Vorstand Bundeselternrat

Pressekontakt:

info@bundeselternrat.de

aline.sommer-noack@bundeselternrat.de